

PRESSEMITTEILUNG

Stehen unsere Museen, Bibliotheken und Archive vor dem Ausverkauf?

Berlin, den 09. Oktober 2006

Sind unsere Museen nicht mehr sicher? Auch moderne Alarmanlagen können keinen Schutz gegen den Zugriff mancher Kämmerer bieten, die leider immer weniger davor zurückscheuen, aktuellen Finanzbedarf durch Verkäufe aus den Museumsbeständen zu decken.

Die Pläne, Claude Monets Gemälde „Das Parlamentsgebäude in London“ zur Sanierung des maroden Kaiser Wilhelm Museums in Krefeld zu verkaufen, wie auch die Pläne der Baden-Württembergischen Landesregierung, Handschriften aus dem Bestand der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe zu veräußern, haben die Öffentlichkeit alarmiert.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, der FDP-Abgeordnete Hans-Joachim Otto, befürchtet einen „Dambruch“, sollten die umstrittenen Pläne verwirklicht werden: *Der geplante Ausverkauf der Badischen Landesbibliothek sowie der beabsichtigte Verkauf von Krefelds bekanntestem Bild brechen mit der jahrzehntelang gepflegten Übereinkunft, dass öffentliche Institutionen die ihnen anvertrauten Kulturschätze grundsätzlich nicht veräußern dürfen. Wenn Kulturgüter verhökert werden, um öffentliche Haushalte zu sanieren, ist das der Kulturnation Deutschland nicht würdig.*

Sammlungen, die über Generationen aufgebaut wurden, erscheinen zunehmend durch kurzfristige Finanzierungsprojekte gefährdet. Hierzu Staatsminister Bernd Neumann bei einer Grundsatzrede anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Kulturrats: *Ich betrachte es mit großer Sorge, wenn öffentliche Sammlungen aus kurzfristigen finanziellen Erwägungen dazu angehalten werden, Stücke aus dem ihnen anvertrauten Kulturerbe zu verkaufen. Ich kann nur an alle Länder und Kommunen appellieren, verantwortungsvoll mit unseren Kulturgütern umzugehen. Museen und andere Sammlungen sind die Schatzkammern unserer Zeit und unserer Gesellschaft, die wir für nachfolgende Generationen erhalten müssen. Das gehört zum Selbstverständnis einer Kulturnation. Einmal verkauftes Kulturgut ist in der Regel für die Öffentlichkeit unwiederbringlich verloren. Auch in Zeiten knapper Kassen und harter Sparvorgaben für die öffentliche Hand dürfen Museumsbestände nicht zum Opfer kurzfristiger Haushaltspolitik werden.*

Haben die Träger der Museen oder die Politiker, die für die Sicherung der Zukunft der Museumsbestände verantwortlich sind, vergessen, dass sie nicht die Eigentümer der Sammlungen sind? Das kulturelle Erbe früherer Generationen ist ihnen lediglich treuhänderisch anvertraut, um es im Rahmen eines „Generationenvertrages“ weiterzugeben.

Die Unantastbarkeit der Sammlungen gehört zum Kern der professionellen und ethischen Grundsätze, die den gesellschaftlichen Auftrag der Museen definieren. Sie sind in den weltweit anerkannten „Ethischen Richtlinien für Museen“ (Code of Ethics) des Internationalen Museumsrates (ICOM) niedergelegt. Auch die „Standards für Museen“ und das „Positionspapier zur Problematik der Abgabe von Sammlungsgut“, die von den Vorständen des Deutschen Museumsbundes und ICOM-Deutschland herausgegeben worden sind, heben das „Sammeln“ und „Bewahren“ als tragende Prinzipien der Museumsarbeit hervor.

Der Präsident von ICOM-Deutschland, Dr. York Langenstein, sagte: *Die öffentlichen Sammlungen unserer Museen sind das kollektive Eigentum der Nation, sie gehören allen Bürgern. Sie stehen nicht zur Disposition von Politikern und Haushältern, die finanzielle Löcher stopfen wollen.*

ICOM-Deutschland appelliert an die kulturpolitischen Entscheidungsträger, den Auftrag der Pflege und Erhaltung des musealen kulturellen Erbes mit der in einem Kulturstaat gebotenen Verantwortung wahrzunehmen.

Kontakt:

Dr. York Langenstein, Präsident
Johanna Westphal, Geschäftsführerin
ICOM-Deutschland, In der Halde 1, 14195 Berlin
Tel.: (030) 69 50 45 25, Fax: (030) 69 50 45 26
Email: icom-deutschland@t-online.de, www.icom-deutschland.de